

Stiftung Marktwirtschaft (Ed.)

Research Report

Protektionismus: Eine gefährliche Versuchung

Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 12

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Stiftung Marktwirtschaft (Ed.) (1987) : Protektionismus: Eine gefährliche Versuchung, Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 12, Frankfurter Institut für Wirtschaftspolitische Forschung, Bad Homburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99872>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Protektionismus – eine gefährliche Versuchung

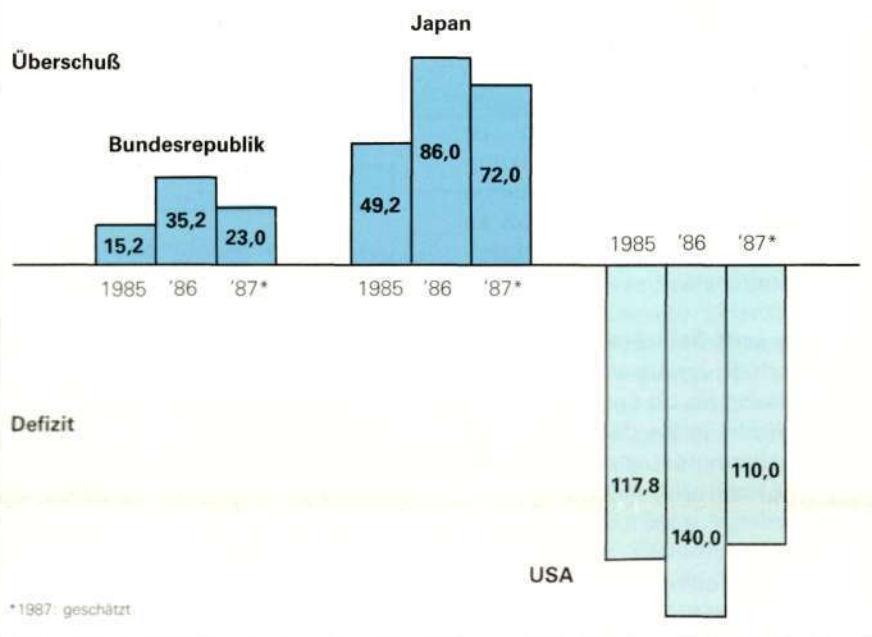
Voraussetzungen, Folgen und Überwindung

Ein weltweiter Handelskrieg, so scheint es, wird auf vielen Seiten zunehmend ins Kalkül gezogen. Maßnahmen und Gegenmaßnahmen aus dem verfügbaren reichen Arsenal sind eingeleitet, die Drohungen unüberhörbar. Die Situation ist gefährlich und kann den Handelnden leicht entgleiten. Denn an die Stelle ökonomischen Sachverständs, der die Lage in ihrer globalen Verflechtung zu beurteilen vermag, treten immer mehr vermeintliche nationale Interessen, die aus ihrer begrenzten Sicht oft Ursache und Wirkung verwechseln und die Politik unter Druck setzen. Die Probleme lassen sich aber nur lösen, wenn in den Kategorien von Wettbewerb und weltweiter Arbeitsteilung gedacht und bei allen Beteiligten der Wille zur handelspolitischen Fairness aufgebracht wird. Sonst sind am Ende alle die Verlierer. Es wäre nicht das erstemal.

Gewiß, das Reizthema unausgeglichener Handelsbilanzen steht seit Jahren bei allen Wirtschafts- und Gipfelkonferenzen auf der Tagesordnung und an Bekenntnissen zum Freihandel fehlt es dabei nicht. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

Immer mehr Staaten und Regionen, darunter auch die Europäische Gemeinschaft, errichten zunehmend Dämme gegen ausländische Waren. Die dahinter stehenden Zwänge und Abläufe lassen sich am Beispiel der Vereinigten Staaten gegenwärtig am besten verdeutlichen. Dort üben immer weitere Kreise der Bevölkerung massiven Druck auf Gesetzgebung und Regierung aus, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen, um Einfuhren zu erschweren und damit das Defizit im Außenhandel zu verringern. Auch Politiker, die sich bislang dem Freihandel verpflichtet fühlten, geben ihren Widerstand auf. So hat das Repräsentantenhaus vor

Salden der Leistungsbilanzen in Milliarden US-Dollar



kurzem mit einer Mehrheit von 290 gegen 137 Stimmen den Entwurf eines neuen protektionistischen Handelsgesetzes verabschiedet, der unter anderem vorsieht, Importe aus Ländern mit einem den USA gegenüber außergewöhnlich hohen und „ungerechtfertigten“ Leistungsbilanzüberschuß jährlich um 10 Prozent zu vermindern, falls Verhandlungen nicht vorher zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Dahinter steht die fixe Idee der Reziprozität, wonach ein Land nur soviel Produkte einer bestimmten Branche in die USA einführen darf, wie es dort seinerseits kauft.

Mit Drohungen, Konfrontationen und Abschottungen des Marktes lassen sich die unbestreitbaren Handelsprobleme aber nicht lösen. Das haben die Erfahrungen der Vergangenheit leidvoll gezeigt, zuletzt die Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre (siehe Kasten).

Der Handelskrieg Anfang der 30er Jahre

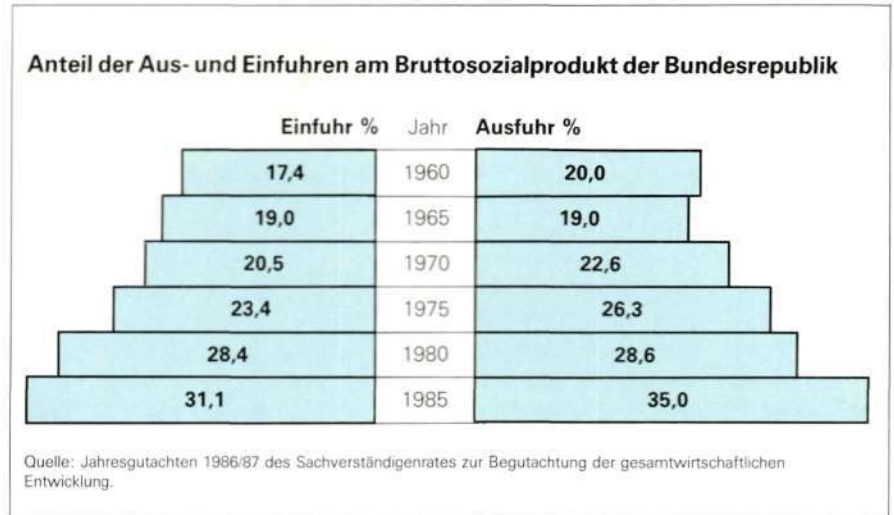
Im Präsidentschaftswahlkampf von 1928 unterstützte Herbert Hoover die Forderung der amerikanischen Farmer nach Schutz gegen die ausländische Konkurrenz. Nach gewonnener Wahl löste er sein Versprechen durch Unterschrift unter das Hawley-Smoot-Gesetz ein, das die Zölle auf importierte Agrarprodukte generell an hob. Die zum vermeintlichen Schutz der amerikanischen Wirtschaft errichteten Zollbarrieren lösten jedoch einen weltweiten Handelskrieg aus, unter dessen Folgen auch die USA zu leiden hatten. Das Gesetz war eine der Ursachen für die Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland dazu führte, daß die Erzeugung von industriellen Produktionsgütern in zweieinhalb Jahren (von Juni 1929 bis Januar 1932) auf ein Drittel zurückging.

Freihandel – Triebkraft von Wirtschaft und Wohlstand

Demokratisch organisierte politische Systeme verlassen sich, was das Wirtschaften betrifft, in erster Linie auf die Steuerung durch den Markt. Das ist kein Zufall. Schon der einfachste Systemvergleich zwischen markt- und planwirtschaftlicher Ordnung zeigt: Eine funktionsgerecht ausgestaltete Marktsteuerung ist besser als jede staatliche Lenkung geeignet, Wohlstand für die gesamte Bevölkerung und ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit für den einzelnen zu erreichen.

Das alles setzt freilich eine florierende Wirtschaft voraus und die hängt wieder davon ab, ob und wie sie sich in allen ihren Teilen dem unablässigen Strukturwandel anzupassen vermag. Das heißt: Nur in dem Maße, in dem es gelingt, unrentabel gewordene Arbeitsmethoden und Arbeitsplätze durch neue Tätigkeiten in hochproduktiven Wirtschaftsbereichen zu ersetzen, kann ein hohes Wohlstandsniveau gehalten oder noch gesteigert werden. Das gilt besonders für Volkswirtschaften, die in starkem Maße in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingebunden sind (siehe Schaubild). Allerdings: Industrieländer wie die Bundesrepublik, in der jeder Arbeitsplatz vom Export und damit vom funktionierenden Welthandel abhängt, können billigerweise nur dann erwarten, die Märkte anderer Länder zu bedienen, wenn sie diesen Ländern ihrerseits die eigenen Märkte offenhalten. Dann aber müssen sie bemüht sein, die untrennbar damit verbundenen Prozesse struktureller Veränderungen zu bewältigen.

Bestes Beispiel für die Fruchtbarkeit dieser Wechselwirkungen ist die großangelegte Handelsliberalisierung der Nachkriegszeit auf der Grundlage des 1947 in Genf zustande gekommenen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Der dadurch ermöglichte Abbau von Handelshemmnissen stimu-



lierte den technischen Fortschritt, erzwang eine produktivere Güterherstellung und setzte damit in der Vergangenheit entscheidende Triebkräfte für die Steigerung von Wohlstand und Beschäftigung frei.

Abschied vom Freihandel?

Seit Mitte der siebziger Jahre ist dieser Freihandel jedoch zunehmender Erosion ausgesetzt. Protektionistische Maßnahmen höhlen das GATT-Vertragswerk aus und stellen das ganze System des Freihandels vor die Zerreißprobe. Insbesondere in den letzten Jahren hat sich in den Industrieländern des Westens die Fähigkeit zu wirtschaftlicher Anpassung und Flexibilität ständig verringert. Das bis dahin selbstverständliche Ziel des möglichst effizienten Einsatzes der Produktionsfaktoren wurde zunehmend von Umverteilungs- und Sicherheitsabwägungen verdrängt. Vorschnell gegebene staatliche Vollbeschäftigungsgarantien und die vom Staat übernommene Verantwortung für die Existenz bestimmter Unternehmen und ganzer Wirtschaftszweige verkannten einige der elementarsten Zusammenhänge zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: daß nämlich Beschäftigung, Wohlstand und letztlich auch die Manövrierfähigkeit des freiheitlich organisierten Staates

selbst vom wirtschaftlichen Erfolg abhängen und dieser wiederum funktionsfähige Märkte zur Voraussetzung hat.

Die heutige Praxis spricht dieser Erkenntnis Hohn: Den Lippenbekenntnissen der letzten Ministerkonferenz der 92 GATT-Mitglieder in Punta del Este und anderer Gipfeltreffen zum Trotz beteiligen sich die Industriestaaten an einem protektionistischen Wettlauf ohnegleichen. In den Listen des GATT sind über 600 nichttarifäre Handelshemmnisse aufgeführt. Sie lassen die ganze Breite des Störpotentials erkennen, das heute den Welthandel bedroht (siehe Kasten „Das Instrumentarium nichttarifärer Handelshemmnisse“ und Grafik „Einfuhrschwernisse durch nichttarifäre Handelshemmnisse“).

Protektionismus: USA heute Vorreiter

Die Flut protektionistischer Eingriffe in den Handel scheint derzeit kaum noch aufzuhalten zu sein. In vorderster Reihe stehen dabei die Vereinigten Staaten. Sie geben ein abschlußreiches Beispiel für die Entstehungsbedingungen und Folgen des heutigen Protektionismus. Allein im letzten Jahr haben sie u. a. zu folgenden protektionistischen Maßnahmen gegriffen:

- Halbleiterkartell mit Japan
- „freiwillige“ Importbeschränkungsabkommen für Werkzeugmaschinen aus Japan und Taiwan
- Importkontingente für Textilien aus Fernost
- Strafzölle auf kanadisches Holz
- „Buy-American-Klauseln“ für Werkzeugmaschinenkäufe des Verteidigungsministeriums
- Zollabfertigungsgebühren und
- Ölimportsteuern.

Jüngste Beispiele sind, neben dem schon genannten Handelsgesetzentwurf des Repräsentantenhauses, Strafzölle von 100 Prozent für eine Palette japanischer Elektronikprodukte und weitere Einfuhrquoten für Textilien aus Bangladesch.

Um diese Maßnahmen zu verstehen und ihnen erfolgreich begegnen zu können, muß man auch hier das gesellschaftlich-politische Umfeld in die Beurteilung einbeziehen. Von protektionistischen Maßnahmen erwarten die meisten Amerikaner den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Ähnlich wie Bismarck mit Hilfe der Zollschranken die „nationale Arbeit“ sichern wollte, soll in den USA die nationale Volkswirtschaft mit Handelsbarrieren gegen Arbeitslosigkeit und Pleiten geschützt werden. Damit aber werden Handelsprobleme unaufhaltsam auf die politische Ebene verlagert und Tür und Tor für sachfremden Druck geöffnet. Auch das läßt sich am Beispiel der USA verdeutlichen. Nicht von ungefähr ist der stärkste Verfechter einer harten protektionistischen Linie im Kongreß, der Abgeordnete Gebhardt, zugleich demokratischer Präsidentschaftsbewerber.

„Entweder wir können die bestehenden Ungleichgewichte mit unseren Handelspartnern gemeinsam beseitigen oder das geschieht unilateral, auf der Basis protektionistischer Gesetze. Entweder, oder.“ So umreißt Richard H. Imus, Gesandter der Vereinigten Staaten für Wirtschaft in Bonn, die gegenwärtige Stimmung unter amerikanischen Politikern. In einem Gespräch mit dem FRANK-

Das Instrumentarium nichttarifärer Handelshemmnisse

Formale Handelsbeschränkungen:

Nichttarifäre Importbelastungen (Preisbezogene Maßnahmen)

- Grenzzuschläge
- Hafен- und statistische Taxen
- Nichtdiskriminierende Verbrauchsteuern und Einschreibgebühren
- Diskriminierende Verbrauchsteuern, staatliches Versicherungspflichtobligatorium
- Nicht- und diskriminierende Umsatzsteuern
- Importdepot
- Variable Abgaben
- Konsulargebühren
- Stempelsteuern
- Verschiedene Sonder- und Zusatzsteuern

Mengenrestriktionen und ähnliche spezifische Handelsbeschränkungen (Mengenbezogene Maßnahmen)

- Lizenzvorschriften
- Kontingentierung und Quoten
- Embargo
- Exportbeschränkungen und -verbote
- Devisen- und andere monetäre oder Finanzkontrollen
- Staatliche Preisfestsetzungen und -kontrollen
- Übernahme- und Leistungspflichten
- Restriktive Geschäftsbedingungen
- Diskriminierende bilaterale Abkommen
- Diskriminierende Ursprungsregeln
- Internationale Kartelle
- Freiwillige Exportbeschränkungen (Orderly Marketing Agreements)

Diskriminierende Frachtansätze (Flaggenprotektionismus)

Administrative Handelsbeschränkungen:

Beteiligung des Staates am Handel

- Subventionen und andere staatliche Beihilfen
- Staatshandel, Staatsmonopole und Konzessionsvergabe
- Importentmutigende Gesetze und Verordnungen
- Probleme im Zusammenhang mit der allgemeinen Staatspolitik
- Öffentliches Einkaufswesen
- Steuererleichterungen, Kredit- und Bürgschaftsgewährung
- Boykott

Technische Normen, Standards und Verbraucherschutzbestimmungen

- Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen
- Pharmazeutische Kontrollvorschriften
- Produktgestaltungsvorschriften
- Herstellungsvorschriften
- Industrienormen
- Maß- und Gewichtsvorschriften
- Beschriftungs- und Verpackungsvorschriften
- Kennzeichnungsvorschriften
- Verwendungsvorschriften
- Vorschriften zum Schutz geistigen Eigentums
- Markenrechtliche Bestimmungen

Zollabfertigung und weitere administrative Beschränkungen

- Antidumping-Politik
- Zollberechnungsgrundlagen
- Formalitäten der Konsularbehörden
- Beglaubigungsvorschriften
- Administrative Schwierigkeiten
- Warenklassifikation
- Vorschriften betreffend Muster- sendungen, Rücksendungen und Wiederausfuhren
- Ausgleichszölle und -steuern
- Beschwerderecht
- Notrecht

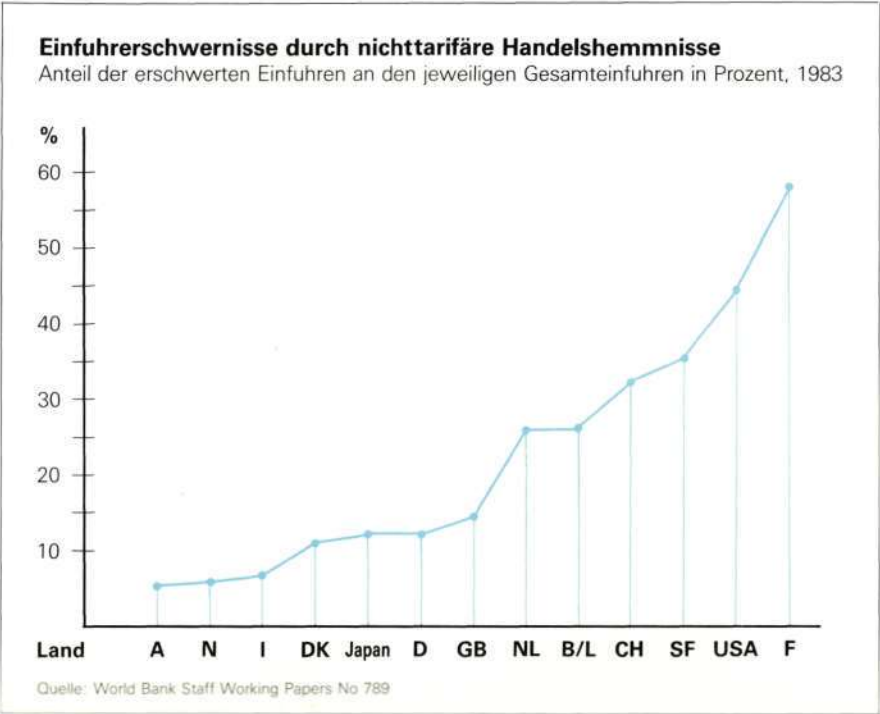
FURTER INSTITUT führt er weiter aus: „Wenn wir den immer stärker werdenden protektionistischen Druck abwehren wollen, müssen wir den Politikern im Kongreß Beweise dafür liefern, daß wir Teil eines internationalen Systems sind, das auch für uns Vorteile hat. Wir müssen zeigen, daß es auch zu gewinnen und nicht nur zu verlieren gibt. Und wir können unsere Leute nicht ewig vertragen.“ Dieser Druck kann nach Auffassung amerikanischer Politiker nur vermindert werden, wenn in Japan und Europa Impulse zur Stärkung des Wachstums ergriffen werden und wenn die westlichen Handelspartner den USA

- ihre Märkte für Agrarprodukte, technisch hochwertige Erzeugnisse und Dienstleistungen stärker öffnen als bisher und
- durch die verstärkte Abnahme von Produkten aus der Dritten Welt ihrerseits zum Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits beitragen.

Diese Forderungen sind sicherlich insoweit berechtigt, als in Europa und Japan durch eine Vielzahl von protektionistischen Maßnahmen Märkte abgeschottet werden oder der Zugang künstlich erschwert wird.

Das gilt insbesondere für den EG-Agrarmarkt. Seine Öffnung dürfte allerdings an der vollständigen Politisierung der Entscheidungsprozesse als einem der Grundübel im Agrarbereich scheitern. Daß derzeit von allen EG-Ländern die Bundesrepublik als der entschiedenste Gegner einer konsequenten Neuorientierung der EG-Agrarpolitik gilt, dürfte dem amerikanischen Urteil über die Kompromißbereitschaft der Deutschen kaum förderlich sein.

Jüngstes Beispiel dafür, wie die EG-Agrarpolitik Auslöser eines Handelskrieges werden kann, ist die von der EG-Kommission vorgeschlagene und jetzt im Agrarministerrat diskutierte Fettsteuer. Diese Abgabe auf pflanzliche Fettprodukte würde den



Verkaufspreis von Pflanzenöl in der EG verdoppeln und sich vornehmlich zum Nachteil des drittgrößten landwirtschaftlichen Exportproduktes der USA, nämlich Soja, auswirken. Bei Einführung einer solchen Fettsteuer werden die Amerikaner nicht zögern, weitere protektionistische Schritte zu ergreifen, die wahrscheinlich die gesamte in die USA liefernde Industrie treffen werden.

„Am Agrarproblem kann der Welt-handel zusammenbrechen“, so der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, Prof. Rudolf Scheid. Die Dimensionen des Problems werden besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß allein die Wertschöpfung durch Elektroausfuhr fühlbar größer ist als die der gesamten deutschen Landwirtschaft.

Anteil der USA am Außenhandel der Bundesrepublik

Einfuhr %	Jahr	Ausfuhr %
6,9	1979	6,6
7,5	1980	6,1
7,7	1981	6,5
7,5	1982	6,6
7,1	1983	7,6
7,2	1984	9,6
7,0	1985	10,3
6,3	1986	10,3

Quelle: Deutsche Bundesbank, IW-Berechnungen

Ein weiterer handelspolitischer Streit mit Amerika zeichnet sich hinsichtlich der von der Bundesregierung beschlossenen zusätzlichen Subventionen in Höhe von 5 Mrd DM für die Entwicklung eines neuen Flugzeuges der Airbus-Industrie ab. Hier werden die Amerikaner möglicherweise beim GATT ein Antidumping-Verfahren gegen den hochsubventionierten Airbus einleiten.

Auf den Handel der europäischen Staaten mit den Entwicklungsländern trifft der amerikanische Vorwurf allerdings weniger zu. Sie haben in bi- und multilateralen Handelsabkommen für zahlreiche Erzeugnisse die Importe der Entwicklungsländer gegenüber denen aus Industrienationen bereits heute stark begünstigt. Eine weitere Steigerung der Einfuhren wäre nur möglich, wenn die Europäer bei gleichbleibendem wirtschaftlichem Wachstum die bestehenden Handelsschranken für die sensiblen Bereiche abbauen würden.

Dennoch: Trotz aller europäischen Hemmnisse eines freien Handels, die es wieder abzubauen gilt, gehen die amerikanischen Forderungen nach Vergeltungsmaßnahmen und Handelsbarrieren an der eigentlichen Ursache für das dortige Leistungsbilanzdefizit vorbei. Sie liegt vor allem in der zurückgegangenen Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der eigenen Schlüsselindustrien. Auch dieser Vorgang ist von exemplarischer Bedeutung.

Amerikas Leistungsbilanzdefizit hausgemacht

Den Defiziten im amerikanischen Bundeshaushalt und in seiner Handelsbilanz ist eine triviale Ursache gemeinsam: Die USA konsumieren mehr als sie produzieren. Sie leben über ihre Verhältnisse.

Belege dafür gibt es genug. Die Ausgaben des Staatshaushaltes sind überwiegend konsumtiven Bereichen wie Gesundheitswesen, Sozialleistungen und Verteidigung zuzu-



ordnen. Die private Konsumquote befindet sich auf einem historischen Höchststand, während die Investitionsquote auf niedrigem Niveau verharrt. Zur Finanzierung staatlicher und privater Konsumausgaben werden weltweit amerikanische Vermögensbestände abgebaut oder Kredite aufgenommen.

Das Gegenstück dieser Kreditaufnahme ist das Handelsbilanzdefizit. Der Kreditberg zur Finanzierung des amerikanischen Konsums ist inzwischen so gewachsen, daß aus dem Nettovermögen von 140 Mrd \$, das die Amerikaner 1982 in der Welt besaßen, bis 1986 eine Netto-Verschuldung von 220 Mrd \$ geworden ist. Damit sind die USA der größte Schuldner der Welt, weit vor Brasilien, dem größten Schuldner der Dritten Welt mit 108 Mrd \$.

Der Weg dorthin war fast vorgezeichnet. Der immens große Binnenmarkt hat die amerikanische Wirtschaft nie wirklich gefordert, Exportmärkte zu erobern. Stattdessen haben sie eher auf Massenproduktion und schnellen Umschlag gesetzt. Das hat sie in vielen Phasen ihrer jüngsten Industriegeschichte davon abgehalten, immer wieder neue Produktionsmittel zu entwickeln und modernste Verfahren anzuwenden. So dürfte heute rund ein Drittel aller in US-Betrieben stehenden Werkzeugmaschinen über zwanzig Jahre alt und damit technisch rückständig sein. Die Folge: Viele amerikanische Firmen ringen mit Qualitätsproblemen, geringer Arbeitsproduktivität und im Ver-

gleich zu den Kapitalkosten unangemessenen Renditen. Überdies fehlt eine ausreichende Orientierung an den Weltmärkten. Hochwertige Qualitäts- und Prestigeprodukte aus Europa und Japan sind in den USA begehrt und praktisch vom Dollarkurs und Preis unabhängig, da sie in vergleichbarer Güte im Land selbst nicht hergestellt werden können.

Und doch könnte die amerikanische Wirtschaft zum Abbau der Negativsalden im Außenhandel und Staatshaushalt selbst noch am meisten beitragen, indem sie ihre eigene Konkurrenzfähigkeit erhöht, d. h. die Produktionskosten im Verhältnis zu den Preisen senkt. Nur wenn die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann, besteht die Chance, auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu werden. Produktivitätssteigerung setzt aber Modernisierungsinvestitionen großen Umfangs voraus. Das wiederum geht nur bei Einschränkungen im konsumtiven Bereich. Daß übrigens von solchen Konsumverzichten die Absatzchancen gerade der deutschen Wirtschaft empfindlich berührt werden können, liegt auf der Hand, denn deutsche Produkte haben von der bisherigen Konsumfreudigkeit der Amerikaner überproportional profitiert.

Steigerung der Produktivität müßte also die amerikanische Antwort auf das eigene Dilemma sein. Vielleicht wird sie schon bald gegeben. Beobachter sagen nach der erfolgten Steuerreform und bei der gegebenen Dollarbewertung einen Investi-

tionsboom bereits voraus. Mit Protektionismus großen Stils hingegen oder mit weiterer Abwertung des Dollars lassen sich die gewünschten Erfolge nicht herbeiführen. Solche Maßnahmen verringern lediglich den Lebensstandard, noch am ehesten im eigenen Land. Ebenso wenig läßt sich die Nachfrage nach amerikanischen Produkten dadurch dauerhaft steigern, daß in Japan oder der Bundesrepublik der Zins gesenkt oder die Zügel der Geldmengenzpolitik gelockert werden.

Fazit:

- Ein freier arbeitsteiliger Welthandel ist eine der wesentlichen Triebkräfte für die Steigerung von Wohlstand und Beschäftigung.
- Dieser Freihandel ist durch den politisch motivierten Einsatz marktverzerrender Instrumente wie Protektionismus und Subventionen, die ganze Industrien vor struktureller Anpassung bewahren wollen, in Gefahr.
- Das Beispiel der USA zeigt die negativen Auswirkungen, wenn statt wettbewerbsbedingter Wirtschafts Anpassung zur Handelsbehinderung gegriffen wird.
- Die Verflechtungen und wechselseitigen Abhängigkeiten im Welthandel machen aber auch deutlich: Handelsliberalismus muß von allen Seiten eingefordert werden, sonst bricht das System zusammen.

Ausblick:

Weltoffenheit statt Protektionismus

Der Schutz inländischer Erzeugnisse durch Verbannung oder Diskriminierung ausländischer Ware wird überall in der Welt mit der gleichen Begründung gefordert: Den Industriezweigen, die dem Importdruck nicht gewachsen seien, müßte vorübergehend Gelegenheit zur Modernisierung und Anpassung gegeben werden. Dann seien sie wieder konkurrenzfähig.

So einleuchtend das klingt und von Politikern immer wieder übernommen wird: Ökonomischer Sachverstand und praktische Erfahrung weisen aus, daß dieser Weg in die Irre führt.

Werden Unternehmen und Branchen dem frischen Wind des Wettbewerbs entzogen, neigen sie dazu, ihre bisherigen Produktionsmengen und -verfahren beizubehalten, die Preise zu Lasten der Konsumenten anzuheben und die höheren Gewinne in Form überhöhter Löhne an die Arbeitnehmer weiterzugeben. Bleibt die Produktionsmenge für die inländische Nachfrage dennoch zu groß, weil die Nachfrager auf in- oder ausländische Substitutionsprodukte ausweichen, wird der Ruf nach weiteren Schutzmaßnahmen und vermehrten Subventionen laut. So bleiben künstlich geschützte Unternehmen und Industriezweige häufig dauerhafte Kostgänger von Steuerzahler und Verbraucher.

Doch die nachteiligen Folgen des Protektionismus bleiben nicht auf das eigene Land beschränkt. Nehmen nationale Schutzmaßnahmen überhand, zahlen die Handelspartner

auf Dauer mit gleicher Münze heim, und es wächst die Gefahr, daß die gesamte Weltwirtschaft desintegriert, wie vor dreißig Jahren schon einmal. Handelskriege kennen keine Sieger.

Was die Vereinigten Staaten betrifft, so bleibt zu hoffen, daß sie im allseitigen und eigenen Interesse, auch auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik, dem Muster ihrer militärischen Abrüstungspolitik folgen und Protektionismus nur als Waffe einsetzen, um die Handelspartner zu ernsthaften „Abrüstungs“-Gesprächen zu zwingen. Die sind allerdings geboten, denn die Protektionismus-Potentiale sind auf allen Seiten groß, und die Bereitschaft, sie einzusetzen, wächst.

Angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten kommt es entscheidend darauf an,

- daß jeder Staat sich auch gegenüber den anderen an das hält, was er für sich selbst in Anspruch nimmt,
- daß sachfremder politischer Druck nicht die elementarste wirtschaftliche Vernunft erstickt und
- daß aller Einfallsreichtum, der bisher den subtilen Formen und Instrumentarien des Protektionismus galt, künftig wieder auf die allseitige Öffnung der Märkte gerichtet wird.

Dazu sind freilich noch viel ökonomische Aufklärung, beträchtliche Anstrengungen und ordnungspolitischer Mut vonnöten. Die Freiheit des Welthandels muß immer wieder neu erkämpft werden.